



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmarr Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Partnerschaft pflegen und Perspektiven schaffen: Ukraine, Georgien und Moldau an die EU heranführen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Beitrittsbewerbungen der Ukraine, Georgiens und Moldaus zur EU als wichtiges Zeichen zur Vertiefung europäischer Zusammenarbeit.

Auch angesichts der zentralen geopolitischen Bedeutung der drei Länder beabsichtigt der Landtag, sich auf allen geeigneten Ebenen für eine geordnete und systematische Prüfung der Beitrittsbewerbungen im Rahmen der dafür vorgesehenen Verfahren und Prozesse einzusetzen und fordert die Staatsregierung auf, dasselbe zu tun. Bayern soll seine politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zur Ukraine, Georgien und Moldau ausbauen und pflegen.

Begründung:

Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine haben Anfang März 2022 die Ukraine, Moldau und Georgien ihren EU-Beitritt beantragt.

Für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gelten strenge Anforderungen. Voraussetzungen hierfür sind u. a. stabile demokratische Institutionen, und dass die Staaten zuvor EU-Recht in nationales Recht umgesetzt haben. In einem ersten Schritt wird die EU-Kommission eine Einschätzung zu den Beitrittsersuchen abgeben. Über einen EU-Beitritt selbst entscheiden schlussendlich die EU-Länder, sie müssen einstimmig dafür sein.

Seit 2009 bildet die Östliche Partnerschaft (ÖP) zwischen der EU und Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und Ukraine den Rahmen für die multi- und bilateralen Beziehungen der sechs Partnerländer mit der EU. Sie stellt einen wesentlichen Pfeiler der gemeinsamen europäischen Außenpolitik dar und gilt als das umfangreichste Angebot zur Kooperation im Kontext der EU-Nachbarschaftspolitik.

Die Ukraine (2017), Georgien (2016) und die Republik Moldau (2016) haben mit der EU bereits Assoziierungsabkommen abgeschlossen mit dem Ziel, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Sie haben damit bereits offiziell den Weg für Wirtschaftsreformen und Integration nach europäischem Vorbild eingeschlagen.